

## **Kleine Anfrage**

**des Abg. Emil Sänze AfD**

### **Symposium „Demokratische Öffentlichkeit neu denken“ aus Anlass des 70. Geburtstags des Ministerpräsidenten und Projekte des „Zentrums für liberale Moderne gGmbH“ – sich neu ergebende Fragen**

Ich frage die Landesregierung:

1. In welcher Höhe wurde der in welcher Auflage gedruckte Debattenband zu dem Symposium „Demokratische Öffentlichkeit neu denken“ (Titel: Ralf Fücks, Thomas Schmid (Hg.). Gegenverkehr. Demokratische Öffentlichkeit neu denken. Tübingen, Verlag Klöpfer & Meyer, 2018. 236 S., ISBN 978-3-86351-467-9) bei jeweils welchen einzelnen Ausgabenposten in welcher Höhe für welche von wem erbrachten Leistungen aus Kapitel 0201 Titelgruppe 71 des Staatshaushaltsplans unterstützt?
2. Wer hat nach ihrer Kenntnis bei welchen Gesamtkosten welche weiteren Kosten, die für die Publikation des genannten Buches anfielen, getragen?
3. Handelt es sich bei dem Herausgeber dieses mit aus dem Landeshaushalt finanzierten Buches, Thomas S., um den 1950 als Schweizer geborenen ehemaligen Chefredakteur der „taz“ (1995 bis 1996) und Mitarbeiter der „Frankfurter Rundschau“, der auf der Homepage der Heinrich Böll Stiftung als ehemaliger Auslandsreporter und heute freier Journalist mit Beiträgen vertreten ist, oder handelt es sich um den 1945 geborenen ehemaligen Grünen-Politiker Thomas S., ehemaliges Mitglied des „Sozialistischen deutschen Studentenbundes“ und der linksradikalen Gruppe „Revolutionärer Kampf“, Autor für die Publikation „Pflasterstrand“ und ehemaliger Herausgeber der Tageszeitung „Die Welt“ und Co-Autor (zusammen mit Daniel Cohn-Bendit) des Buches „Heimat Babylon. Das Wagnis der multikulturellen Demokratie“ (1993) oder handelt es um eine dritte Person?
4. Aufgrund welchen Beschlusses welches zuständigen Gremiums fördert die Baden-Württemberg Stiftung (siehe Pressemeldung vom 1. März 2018) in welcher Höhe bei jeweils welchen einzelnen Ausgabenposten (unter tabellarischer Darstellung) die vom „Zentrum für liberale Moderne gGmbH“ organisierte und durchgeführte Expertenkommission „Sicherheit im Wandel – Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Zeiten stürmischer Veränderung“?
5. Welches Honorar oder welche wie auch immer anders genannte materiellen oder immateriellen Vergütungen erhalten dabei auf welcher Berechnungsgrundlage das „Zentrum für liberale Moderne gGmbH“ (Berlin) respektive dessen Geschäftsführender Gesellschafter Ralf F. und gegebenenfalls dessen Familienmitglieder aus Mitteln der Baden-Württemberg Stiftung für die Organisation und Durchführung der Expertenkommission „Sicherheit im Wandel – Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Zeiten stürmischer Veränderung“?
6. Wie setzt sich diese von welcher Auswahlinstanz nach welchen Kriterien, Gewichtung, Ausschreibungsverfahren und programmatischen Vorgaben für ihre Tätigkeit ausgewählte, aus öffentlichem Vermögen geförderte Expertenkommission zusammen?

7. Von welchen Kommissionsmitgliedern sind pauschale, als Kategorie abwertende und menschlich bewusst verletzende Äußerungen aus ihrem jeweiligen Amt oder ihrer Berufstätigkeit heraus über politisch Andersdenkende, z. B. über rechtskonservative, demokratisch-patriotische Bewegungen oder Parteien (Bezeichnungen z. B. in der Art von „Populisten und Rattenfänger“) bekannt?
8. Welche der Kommissionsmitglieder standen oder stehen durch ihre heutige oder frühere berufliche Tätigkeit mit welchen politischen Parteien, Parteistiftungen oder sonstigen Stiftungen auf welche Weise in Beziehung, die den Anspruch erheben, „die Zivilgesellschaft“ abzubilden oder vorzudenken?
9. Welche der Kommissionsmitglieder (und darunter insbesondere die Soziologen) können aufgrund ihrer Auftritte und Publikationen in der öffentlichen Wahrnehmung als der bürgerlich-konservativen gesellschaftlichen Strömung zugehörig gelten, beziehungsweise welche neigen öffentlich der linksliberalen oder „linksprogressiven“, die Einwanderungsgesellschaft befürwortenden Strömung zu?
10. In welcher evaluationsfähigen (z. B. durch den Landesrechnungshof) Form werden die Arbeitsergebnisse der Expertenkommission zu welchen Themen wann vorliegen und veröffentlicht werden?

04.09.2018

Sänze AfD

### Begründung

Es interessieren die Zielsetzung, die Zusammensetzung der Expertenkommission sowie der finanzielle Nutzen für das „Zentrum für liberale Moderne gGmbH“ aus der Zusammenarbeit mit Landeseinrichtungen. Der Ulmer Oberbürgermeister Gunter C., heute Kommissionsmitglied, sprach in seiner Amtsantritts-Rede im Februar 2016 von einer „Propaganda der Populisten und Rattenfänger“, womit er nach Ansicht des Fragestellers Verachtung gegenüber demokratisch verfassten politischen Parteien und ganzen Wählermilieus ausdrückte und formulierte umgekehrt ein Ideal sogenannter „Weltoffenheit“. Eine Expertenkommission, in der einzelne Mitglieder bestimmte demokratische Teile der Gesellschaft – eigene Bürger – abwerten und für nicht dialogberechtigt im Rahmen der Zukunftsgestaltung unseres Landes ansehen, kann nach Ansicht des Fragestellers nicht Objekt öffentlicher Förderung sein. Öffentliche Förderung soll nach Ansicht des Fragestellers nicht einer – für die Bürger als autoritative wissenschaftliche Expertise dargestellten – gegenseitigen Eliten-Selbstversicherung von Politik und Gesellschaftswissenschaften als politisches Durchsetzungs-Vehikel („Governance-Forschung“) links-ideologisch-multikulturell-kosmopolitischer oder EU-zentralstaatlicher Gesellschaftsvorstellungen dienen, die das Staatsvolk nur als Objekt ihrer Einwirkung und nicht mehr als Legitimitätsträger und Souverän versteht. Diese Politik würde, unter einem Übergewicht soziologischer Expertise in der 1968er-Tradition, das Ideal einer Einwanderungsgesellschaft mit „schicksalhaft-unwiderruflichem“ demografischem Rückgang des einheimischen Elements lediglich (mittels Beeinflussungstechniken wie z. B. „Service-Learning“ oder „Demokratiepädagogik“) technokratisch umsetzen – unter a priori Ausschluss einer ganzen politischen Schule demokratischer Andersdenkender sowie traditioneller nationalstaatlich-patriotischer Vorstellungen. In der Demokratie wird authentische politische Legitimität vom Wahlvolk – dem Demos – eigenverantwortlich an der Wahlurne ausgeübt und kann nach Ansicht des Fragestellers nicht durch öffentlich geförderte Gremien mit gesellschaftslenkendem Anspruch simuliert werden. Expertenkommissionen sind sinnvoll, wenn sie die ganze Bandbreite demokratisch legitimer Interessen in der Gesellschaft abbilden wollen.